

asta information

17. oktober 1968
nummer 27

johann wolfgang goethe-universität
frankfurt-m jügelstraße 1 ruf 0611-7983186

Winnacker for president

Schüttes Hochschulreform

Der Kampf der Studenten um eine neue Hochschule vollzieht sich an zwei Fronten: Einmal geht es um die Beseitigung traditioneller und dysfunktionaler Strukturen, zum anderen jedoch um die Erhaltung und Entwicklung der Wissenschaften zu einer emanzipatorischen Produktivkraft. Die Universität soll ein lernfähiges System werden mit einer Avantgardefunktion im Emanzipationsprozeß der Gesellschaft. Das heißt nicht zuletzt, daß ihre Mitglieder sich dem Kampf mit autoritären Herrschaftsstrukturen stellen und der technokratischen Formierung der Universität Widerstand leisten müssen.

Eine solche Formierung und unmittelbare Integration des Betriebs Universität in den Zusammenhang der privaten Kapitalverwertung intendiert der neue Entwurf für ein hessisches Hochschulgesetz, der von der liberalen Presse als kühner Reformvorschlag gefeiert, von den Studenten partiell begrüßt und von den Rektoren als Konzession an die Revoltierenden verdammt wird. Hier zeigt sich ein äußerst gefährliches Bündnis zwischen Studenten und liberalen Reformern: Sie sind sich einig bei der Beseitigung dysfunktional gewordener traditioneller Strukturen, jedoch mit unterschiedlichen Zielvorstellungen. Während die letzteren die Hochschulen modernisieren wollen, um, polemisch formuliert, den output an Fachidioten zu maximieren, wollen die Studenten eine Reform der Hochschule, die dieser eine spezifische Funktion im politischen Kampf um demokratische Emanzipation zuordnet. Genau diese Problematik wird relevant bei der Diskussion um den neuen Gesetzentwurf, bei der sich teilweise so merkwürdige Pakte herausbilden.

Bei der Kritik an diesem Entwurf muß die Studentenschaft äußerst wachsam sein und darf sich nicht durch Scheinmanöver oder Scheinkonzessionen zum Verrat ihrer Interessen verleiten lassen. Denn die Drittelparität im Konzil, um die primär das rektorale und publizistische Geblöke geht, ist eine raffinierte Farce, da dieses Gre-

mium, verglichen mit dem Kuratorium und dem Präsidenten, völlig machtlos ist. Entweder ist die scharfe Kritik der Rektoren also eine Konsequenz ihrer politischen Dummheit, oder aber es handelt sich um ein geschickt inszeniertes Scheingefecht mit dem Kultusminister, bei dem die Studentenschaft Sand in die Augen gestreut bekommt, um nicht zu sehen, daß mit diesem technokratischen Entwurf ihre Machtlosigkeit verewigt werden soll. Der Köder Drittelparität hat in diesem Entwurf die Funktion der gewaltlosen Pazifizierung der Studentenschaft, ohne daß ihr realiter auch nur die kleinste Konzession gemacht worden wäre.

Hiermit soll erreicht werden, daß sie der Formierung der Universität gegen ihre politischen Interessen auch noch akklamiert.

Hoffentlich hat der Kultusminister sich verrechnet. Hoffentlich sind die Erfahrungen der Hochschulrevolte, des Kampfes gegen die Legalisierung des autoritären Staates nicht spurlos an den Studenten vorübergegangen, daß sie die Gefahr für die Universitäten erkennen. Hoffentlich beginnt wieder eine Hochschuldiskussion über praktische Strategien, die nicht nur, wie beim SDS, an optimalen Universitätsbesetzungstechniken fixiert sind. Sonst heißt der Präsident der Frankfurter Universität vielleicht wirklich später Winnacker, wie aus gut informierten Kreisen bekanntgeworden ist. Dann wären die skizzierten Tendenzen endgültig realisiert und bei ihrem personellen Nonplusultra angelangt. Rüeggs Sorgen um die Beziehungen zwischen Uni und Wirtschaft wären gegenstandslos geworden. Die von den Interessen der Privatwirtschaft abhängige Hochschule würde in noch nicht abschätzbarem Ausmaße Realität.

Deshalb: Es geht um die Demokratisierung der Hochschule weiterhin. Es gilt zu verhindern, daß sie total in den Griff der Konzerne gerät.

Konrad Schacht (SHB)

Winnacker, Vorsitzender des Vorstands der Farbwerke Hoechst AG

Ausbeutung der Universitäten

Forschung und Lehre sind frei; zumindest sagt man so. Ob sie an den Universitäten auch unabhängig betrieben werden können, muß bezweifelt werden, wenn man sich vor Augen hält, in welchem Umfang bereits jetzt von außeruniversitären Interessengruppen auf die Zielrichtung der Wissenschaften Einfluß genommen wird. Manipuliert wird besonders durch die Industrie, die sich durch Finanzierung von Forschungsprojekten, deren Inhalt sie bestimmt, und durch anderweitige Zuwendungen billigt Forschungsergebnisse vom Steuerzahler mitfinanzieren läßt und zugleich einen nur fachgerechten Nachwuchs sichert, der nicht fähig sein darf, die politische Bedeutung seiner Arbeit zu erkennen.

Diese bereits bestehende Situation der direkten Einflußnahme soll nun durch ein Gesetz für den Bereich der hessischen Hochschulen weitgehend abgesichert werden.

Der Gesetzentwurf des hessischen Kultusministers sieht eine Umstrukturierung der Uni-

versitäten zur besseren Ausbeutung dieser Anstalten vor. Nach der Vorlage steht der Universität ein von der Landesregierung auf acht Jahre zu ernennender **Präsident** vor (§ 7 Abs. 1 u. 2), der in nahezu allen Bereichen der Hochschule Einfluß und Macht ausüben kann, was besonders in Vetorechten gegenüber Beschlüssen des Senats, der Ständigen Kommissionen und der Organe der Fachbereiche, die das „Wohl der Universität“ gefährden oder „unzweckmäßig“ sind (§ 7 Abs. 6), zum Ausdruck kommt.

Der Präsident soll im Einvernehmen mit dem weitgehend machtlosen Konzil von der Landesregierung ernannt werden (§ 8 Abs. 1). Wer hier am längeren Hebel sitzt, ist unschwer zu erkennen.

Im **Konzil**, welches eine Satzung erlassen soll, die bereits weitgehend durch das Universitätsgesetz vorgeschrieben wird, bietet man den Studenten Drittelparität an (§ 10 Abs. 2) und kann dies auch sorglos tun, da die

Fortsetzung auf Seite 2



Perspektiven für eine kritische Wissenschaft